

Frühjahrssession 2025 Sessionsrückblick - 1. Woche



Parlament gibt Kantonen mehr Kompetenzen bei Prämiengenehmigung

Die Kantone können bei der Genehmigung der Prämien für die Krankenkasse künftig mehr mitreden. Das Parlament ist einverstanden mit entsprechenden Änderungen des Krankenversicherungsaufsichtsgesetzes. Nach dem Ständerat, wo die Vorlage in der vergangenen Wintersession völlig unbestritten war, stimmt auch der Nationalrat mit 167 zu 12 Stimmen und ohne Enthaltungen für die vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. Neu sollen sich die Kantone also zur Schätzung der Gesundheitskosten sowie zu den von den Kassen zur Genehmigung vorgelegten Prämienvorschlägen äussern können. Die Kantone erhalten auf die dafür nötigen Informationen Anspruch.

Tarifpartner sollen neu Labortarife festsetzen

Die Tarifpartner – also etwa Krankenkassen und Labors – und nicht mehr der Bund sollen künftig festsetzen, wie viel die Kranken-Grundversicherung für Laboranalysen bezahlen soll. Der Nationalrat hofft mit diesem umstrittenen Wechsel auf tiefere Kosten. Derzeit wird die Liste der Laboranalysen, die von der Grundversicherung übernommen werden, vom Eidgenössischen Departement des Innern erlassen, ebenso die Tarife. Die Vorlage soll einen Systemwechsel für Tarife von Analysen bringen, die im Rahmen von ambulanten Behandlungen durchgeführt werden. Das Parlament schlug 2018 mit einer Motion der Sozial- und Gesundheitskommission des Ständerats diese Kompetenzverschiebung bei der Festsetzung der Tarife vor. Der Ständerat änderte dann aber im September 2024 seine Meinung und trat mit knappem Mehr nicht auf die Vorlage ein. Der Nationalrat ist mit seiner Entscheidung anderer Meinung als der Ständerat. Dieser hatte im vergangenen Herbst einen Systemwechsel abgelehnt. Nun muss er sich nochmals mit dem Geschäft befassen.

Nationalrat will Unterstützung für Asbest-Opfer ausbauen

Der Ausbau der finanziellen Unterstützung für Asbest-Opfer durch die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt nimmt eine erste parlamentarische Hürde. Der Nationalrat votiert für eine entsprechende Änderung des Unfallversicherungsgesetzes. Mit 130 Ja- bei 64 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen folgt die grosse Kammer damit ihrer vorbereitenden Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Diese empfahl die Vorlage des Bundesrates zur entsprechenden Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) zur Annahme. Als Nächstes muss der Ständerat über die Vorlage befinden.

13. AHV-Rente wird ab Ende 2026 ausbezahlt

Die 13. AHV-Rente kann ab Dezember 2026 ausbezahlt werden. Das Parlament hat dafür grünes Licht gegeben. Wie der «Dreizehnte» für Pensionierte finanziert werden soll, ist allerdings noch nicht geregelt. Als Zweitrat stimmt auch der Nationalrat den gesetzlichen Grundlagen für das Auszahlen des «Dreizehnten» zu, mit 193 Stimmen und ohne Gegenstimme und Enthaltungen. Ausbezahlt wird die 13. Rente am Ende des Jahres an alle, die im fraglichen Jahr Anspruch auf eine AHV-Rente haben. Erben haben keinen Anspruch auf den Zuschlag.

Verabschiedung Melanie Mettler (GLP) und Matthias Aebischer (SP)

Ratspräsidentin Maja Riniker (FDP/AG) verabschiedete kurz vor Schluss des ersten Sitzungstages die beiden Mitglieder des Nationalrats Matthias Aebischer (SP/BE) und Melanie Mettler (GLP/BE).



Die beiden wurden im letzten November in die Stadtberner Regierung gewählt und wollen sich jetzt auf diese Aufgabe konzentrieren. Riniker würdigte in einer kurzen Ansprache die parlamentarische Arbeit der beiden. Beide wurden mit langanhaltenden Standing Ovationen von ihren Kolleginnen und Kollegen verabschiedet. Für Aebischer wird Ueli Schmezer, für Mettler Fabienne Stämpfli in den Rat nachrücken.

Tabakwerbeverbot: Nationalrat nähert sich Ständerat an

Der Nationalrat hat sich im Rahmen der Umsetzung der 2022 angenommenen Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» in einzelnen Punkten dem Ständerat angenähert. Ein Antrag auf Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat scheiterte im Rat. Damit folgt der Nationalrat am Montag seiner vorberatenden Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, die vorgeschlagen hatte, sich bei mehreren Beschlüssen dem Ständerat anzuschliessen. So votierte der Rat einerseits und ganz im Sinne des Ständerats gegen eine SVP-Minderheit, die «Hinweise auf Verkaufsförderung oder Sponsoring» für Tabakprodukte vom Werbeverbot ausnehmen wollte. Auch folgte der Rat dem Ständerat betreffend einem Verbot der Werbung für Tabakprodukte, wo diese für Minderjährige sichtbar oder zugänglich ist. Der Nationalrat konnte die Vorlage aus zeitlichen Gründen nicht fertig beraten. Die Debatte soll am 13. März weitergeführt werden. So oder so muss der Ständerat ebenfalls erneut über die Vorlage befinden.

Ueli Schmezer und Fabienne Stämpfli neu im Nationalrat

Der Nationalrat hat zwei neue Mitglieder aus dem Kanton Bern. Fabienne Stämpfli (GLP) und Ueli Schmezer (SP) haben das Amtsgelübde respektive den Amtseid abgelegt. Sie rutschen nach für Matthias Aebischer (SP) und Melanie Mettler (GLP). Beide sind im Herbst in die Berner Stadtregierung gewählt worden. Sie traten ihre neuen Ämter Anfang Jahr an. Mettlers Nachfolgerin Fabienne Stämpfli ist von Beruf Umweltingenieurin. Sie ist 32 Jahre alt und wohnt in Oberhofen am Thunersee. Im Parlament will sie sich laut einer Mitteilung der GLP vom Wochenende für die Anliegen junger Menschen einsetzen. Neuer Berner SP-Nationalrat ist der 63-jährige frühere Fernsehmoderator Ueli Schmezer aus der Stadt Bern. Gemäss einer Mitteilung der SP setzt der Journalist, Jurist, Dozent und Musiker die politischen Schwerpunkte bei den Rechten der Konsumentinnen und Konsumenten starkmachen.





Frühzustellung der Presseprodukte wird unterstützt

National- und Ständerat haben ihre Differenzen bei der indirekten Presseförderung beigelegt. Der Nationalrat schwenkt bei drei umstrittenen Punkten auf die Linie der kleinen Kammer ein. Im revidierten Postgesetz wird nun stehen, dass die Tageszustellung von Tages- und Wochenzeitungen der Regional- und Lokalpresse sieben Jahre lang um 10 Millionen Franken pro Jahr stärker ausfällt als bisher. Neu wird die Frühzustellung von abonnierten Tages- und Wochenzeitungen an Werktagen subventioniert. Dies mit 25 Millionen Franken pro Jahr. Die Ermässigungen für die Zustellung von Erzeugnissen der Mitgliedschafts- und Stiftungspressen werden nicht abgeschafft. Noch muss die von der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats ausgearbeitete Vorlage in den beiden eidgenössischen Räten die GesamtAbstimmungen am Ende der Frühjahrssession überstehen.

Bewilligungsverfahren soll beschleunigt werden – nur: wie?

Der raschere Ausbau von einheimischer Wasser-, Solar- und Windkraft bleibt umstritten. Das Parlament will Beschwerden gegen solche Projekte einschränken und Ausgleichsmassnahmen für Schutzgebiete durch eine Abgabe ersetzen. Die Kritik von rechts wie links ist laut. Das Parlament ist sich aber einig, dass die Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie rascher vorstattengehen sollen. Wie dies geschehen soll, ist jedoch weiterhin ungeklärt. Zwar haben sich National- und Ständerat in wichtigen Punkten gefunden. So soll das Verbandsbeschwerderecht gegen Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energie eingeschränkt werden. Der Ständerat wollte das Verbandsbeschwerderecht ganz streichen. Zudem sollen dem Bau von Energieanlagen zum Opfer fallende Schutzgebiete nicht mehr zwingend ersetzt werden müssen. Der Nationalrat schlägt stattdessen eine Ersatzabgabe vor. Die Vorlage geht jetzt zurück an den Ständerat.

Nationalrat tritt auf Vorlage zur Stärkung des Güterverkehrs ein

Der Nationalrat tritt auf ein im vom Bundesrat präsentiertes Reformpaket zur Stärkung des Güterverkehrs auf der Schiene ein. Das mehrjährige, mehrere hundert Millionen Franken teure Paket soll vor allem den Einzelwagenladungsverkehr stützen. Es geht um eine Totalrevision des Gütertransportgesetzes und damit verknüpfte Bundesbeschlüsse zur Finanzierung. Nach Angaben des Bundesrats deckt heute der Transport von Gütern per Bahn innerhalb der Schweiz die Kosten kaum mehr. Mit Geldern aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe will der Bundesrat deshalb Innovationen im Güterverkehr fördern und so die Bahnen leistungsfähiger machen.

Bundesratskandidaten Pfister und Ritter sind an den Hearings

Kommende Woche entscheidet das Parlament über die Nachfolge von Mitte-Bundesrätin Viola Amherd. Die beiden Kandidaten der Mitte, Bauernverbandspräsident und Nationalrat Markus Ritter (SG) und der Zuger Regierungsrat Martin Pfister, werden deshalb am Dienstag – im Rahmen der Fraktionssitzungen – von einigen Bundeshausfraktionen zu Hearings empfangen. Ritter und Pfister stellen sich den Fragen von FDP, SVP und GLP.

Nationalrat: Bargeld-Initiative wird kritisiert und gibt zu reden

In der Schweiz muss die Versorgung mit Bargeld gewährleistet sein, und die Landeswährung ist der Schweizerfranken. Der Nationalrat ist damit einverstanden, die Verfassung entsprechend zu ergänzen. Neue Vorschriften gibt es damit nicht.



Mit 185 zu 6 Stimmen hat die grosse Kammer am Mittwoch Ja gesagt zur Revision des Geld- und Währungsartikels. Bereits geltende Gesetzesbestimmungen werden unverändert in die Verfassung geschrieben. Vorgeschlagen hatte dies der Bundesrat, als direkten Gegenvorschlag zur Bargeld-Initiative. Die Freiheitliche Bewegung Schweiz verlangt mit der Initiative, dass der Bund sicherstellen muss, dass Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge verfügbar sind. Sollte der Schweizerfranken durch eine andere Währung ersetzt werden, müssten sich Volk und Stände dazu äussern. Der Nationalrat lehnt die Initiative ab. Als Nächstes ist der Ständerat am Zug.

Keine Ausnahme von Zollanmeldepflicht

Bei der Einfuhr in die Schweiz müssen auch in Zukunft alle Waren angemeldet werden. Der Nationalrat ist in der Differenzbereinigung zum Zollgesetz auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Der Entscheid fiel ohne Gegenantrag. Auch in mehreren weiteren Punkten schloss sich der Nationalrat dem Ständerat an. Es bleiben aber Differenzen. Deshalb muss sich der Ständerat nochmal mit der Sache befassen. Ursprünglich wollte der Nationalrat eine Lockerung der Zollanmeldepflicht: Nicht abgabepflichtige Waren sollten demnach bei der Einfuhr auch nicht mehr angemeldet werden müssen. Die Befürworterinnen und Befürworter der Neuregelung sahen darin einen Abbau bürokratischer Hürden. Im Ständerat überwogen jedoch in der Folge Bedenken, dadurch werde Schmuggel erleichtert und die Auswirkungen auf die Zolleinnahmen seien nicht absehbar.

Erbschaftsinitiative: Debatte wird übernächste Woche fortgesetzt

Der Nationalrat hat heute Nachmittag ausgiebig über die Juso-Erbschaftssteuer-Initiative diskutiert, aber noch nichts entschieden. Die Initiative fordert eine Besteuerung von 50 Prozent auf Nachlässen und Schenkungen von mehr als 50 Millionen Franken. Die Einnahmen sollen in den Klimaschutz investiert werden. Unternehmen befürchten, dass die Nachfolge in Familienbetrieben durch die hohe Steuer erschwert oder verunmöglicht würde. Während Bürgerliche das Begehren vehement ablehnen, will die Linke Anliegen der Initianten in einem Gegenvorschlag aufnehmen. Nach den bisherigen Voten ist es absehbar, dass die Initiative im Nationalrat keine Mehrheit findet. Auch die von der Linken eingebrachten Gegenvorschläge dürften ohne Chance sein. Die Debatte wird in der dritten Sessionswoche fortgesetzt.

Neues Gütertransportgesetz: Noch nicht ganz ausgefochten

Das vom Bundesrat geschnürte Hilfspaket für die kriselnde Schweizer Güterbahnbranche hat eine zweite Hürde geschafft: Der Nationalrat hat der Vorlage zugestimmt. Der Ständerat sagte bereits im Herbst Ja. Da zwischen den beiden Räten noch kleine Differenzen bestehen, geht die Vorlage zur Bereinigung wieder in den Ständerat. Sie sieht vor, dass der Bund den Einzelwagenladungsverkehr auf acht Jahre befristet finanziell fördert. So soll dieser mittelfristig eigenwirtschaftlich werden. Für die ersten vier Jahre beantragt der Bundesrat 260 Millionen Franken. Er will auch für die Einführung der digitalen automatischen Kupplung im Schienengüterverkehr einmalig 180 Millionen Franken bereitstellen. So will der Bund den Einzelwagenladungsverkehr modernisieren. Unbefristet vorgesehen sind Umschlags- und Verladebeiträge und eine Abgeltung der ungedeckten Kosten des bestellten Gütertransportangebots für total 60 Millionen pro Jahr.



Nationalrat für Verlängerung des Gentech-Moratoriums bis 2030

Der Nationalrat möchte das seit 2005 geltende Moratorium für den Anbau gentechnisch veränderter Organismen bis Ende 2030 verlängern. Er stimmt einer entsprechenden Vorlage zu. Gegenstand der Diskussion war, ob für die Verlängerung des Moratoriums eine Differenzierung zwischen neuen Technologien und der klassischen Gentechnologie vorgenommen werden soll, da die neuen Technologien möglicherweise dafür sorgen könnten, dass weniger Pestizide eingesetzt werden müssten. Die Mehrheit des Nationalrats lehnte dies ab. Ziel der Verlängerung ist es, Zeit für die Ausarbeitung einer neuen, risikobasierten Regelung für die Zulassung von mit neuen Technologien gezüchteten Pflanzen zu gewinnen. Dabei soll eine Regelungslücke vermieden werden. Nun muss sich der Ständerat mit der Sache befassen.

Nationalrat akzeptiert neues Bundespersonalgesetz

Der Nationalrat will die Arbeitsverhältnisse des Personals des Bundes nicht wie jene von Angestellten im Privatsektor dem Obligationenrecht unterstellen. Das hat er bei der Beratung des Bundespersonalgesetzes entschieden. Mit 131 zu 62 Stimmen lehnt die grosse Kammer einen Rückweisungsantrag aus den Reihen der SVP ab. Die SVP kritisierte, heute bestünden ungerechtfertigte Privilegien. In der Gesamtabstimmung nimmt der Rat die Gesetzesrevision danach mit 190 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen deutlich an. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Schweiz soll zu europäischer Sicherheitspolitik beitragen

Der Nationalrat nimmt eine Erklärung für eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik und eine aktive Rolle der Schweiz deutlich mit 115 zu 66 Stimmen an. Im Wesentlichen stimmte die SVP dagegen. SVP-Vertreter sagten, die Erklärung sei nutzlos. Es gelte vor allem, die Schweizer Armee zu stärken. Die Erklärung wurde von der Sicherheitspolitischen Kommission des Rats eingebracht. In der Erklärung heisst es unter anderem, «dass ein stabiles, regelbasiertes und souveränes Europa notwendig ist, um Frieden, Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte auf dem Kontinent zu gewährleisten.» Die Schweiz solle dazu «im Rahmen ihrer neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen» beitragen. Der Nationalrat empfiehlt dem Bundesrat in dieser Erklärung unter anderem, weitere Möglichkeiten zur sicherheitspolitischen Kooperation mit der EU zu prüfen, etwa im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur. Weiter wird der Bundesrat aufgefordert, «die Rolle der Schweiz als Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur zu stärken und die Zusammenarbeit mit Partnerländern und internationalen Organisationen (...) zu intensivieren.»



Fragestunde

Im Hinblick auf die Fragestunde des Nationalrats habe ich folgende Frage, die mich schon länger umtreibt, eingereicht:

25.7157 FRAGESTUNDE. FRAGE

Das Ende des Sprengdispositivs: Eine Fehlentscheidung für die Schweizer Verteidigung?

Eingereicht von:



ZUBERBÜHLER DAVID

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Schweizerische Volkspartei

Einreichungsdatum: 06.03.2025

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratungen: Eingereicht

⊖ EINGEREICHTER TEXT

Jahrzehntelang hat die Schweizer Armee Sprengstoff u.a. in Grenzbrücken eingebaut, um im Ernstfall feindliche Truppen aufzuhalten. Angesichts der aktuellen Bedrohungslage stellt sich die Frage, ob der vollständige Rückbau je sinnvoll war.

- Warum wurde das bewährte Sprengdispositiv abgebaut, obwohl es zentral für die Verteidigungsstrategie war?
- Wäre eine Wiedereinführung des Sprengdispositivs technisch noch möglich?
- Wie lange würde es dauern, eine vergleichbare Schutzmassnahme wieder einzuführen?

Das Thema fand schnell Beachtung im Blick (mit einem Klick auf das Bild gelangen Sie zum Blick-Artikel):

SVP-Nationalrat Zuberbühler mit explosiver Idee

Armee soll im Ernstfall Brücken sprengen

Tausende Brücken, Tunnel, Strassen mit Sprengladungen versehen – während Jahrzehnten gehörte dies zur Verteidigungsdoktrin der Armee. Bis 2014 wurden die Sprengladungen ausgebaut. «Möglicherweise ein Fehler», findet SVP-Nationalrat David Zuberbühler.

Bern, im März 2025
David Zuberbühler